

VERORDNUNG

der Gemeindevertretung Marktgemeinde Werfen vom 16. Dezember 2015 mit der eine **Kanalanschlussgebührenordnung** erlassen wird.

Aufgrund des Salzburger Interessentenbeiträgegesetzes – IBG 2015, **LGBl Nr. 78/2015**, und des § 15 Abs. 3 Z 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007¹, jeweils in der geltenden Fassung, wird verordnet:

§ 1

Anschlussgebühr

Für den Anschluss² an das gemeindeeigene³, öffentliche Kanalnetz der Marktgemeinde Werfen (im folgenden Kanalnetz) wird eine Kanalanschlussgebühr erhoben. Gebührenpflichtig ist der jeweilige Grundstückseigentümer, im Fall des Bestehens von Baurechten der Bauberechtigte⁴.

§ 2

Ausmaß der Anschlussgebühr

(1) Die Kanalanschlussgebühr ergibt sich aus dem Produkt des Einheitssatzes und der Summe der Bemessungseinheiten gemäß Abs. 3.

¹ Bei Änderung oder Neuerlassung der Verordnung ist darauf zu achten, dass das jeweils geltende Finanzausgleichsgesetz zitiert wird.

² Diese Bestimmung steht in keinem Zusammenhang mit den Regeln über die Anschlusspflicht (und allfälligen Ausnahmen).

³ Als gemeindeeigen gilt auch eine Verbandsanlage (vgl § 2 Abs 3 IBG 2015).

⁴ Es wird empfohlen, den Kreis der Gebührenpflichtigen nicht zu erweitern (zB Mieter, Pächter etc).

- (2) Die Höhe des Einheitssatzes ergibt sich aus der Teilung aller Kosten der Planung, Errichtung, Sanierung und Finanzierung der Kanalanlagen durch die Anzahl der von der Gemeinde bisher durch Bescheid festgestellten Bewertungspunkte und ist für jedes Haushaltsjahr gesondert durch die Gemeindevertretung mit Beschluss festzustellen. Die Gemeindevertretung kann auch abweichend von diesem festgestellten Betrag in Anlehnung an die von der Landesregierung jeweils für Förderzwecke bekanntgegebenen Mindestsätze für Kanalanschlussgebühren einen niedrigeren Betrag als Einheitssatz für die Vorschreibung der Kanalanschlussgebühr festsetzen.
- (3) Bemessungsgrundlage ist, soweit in Abs. 5 bis 9 nichts anderes bestimmt ist, die Nutzfläche der baulichen Anlage. Dabei entsprechen bei Wohnflächen je 20 m² und bei Verwaltungs- und Geschäftsflächen je 50 m² Nutzfläche einer Bemessungseinheit. Bei gewerblichen Kosmetik, Massagen, Saunen, Fitnessräumen udgl. entsprechen je 50 m² einer Bemessungseinheit.
- (4) Nutzfläche ist die Gesamtfläche der insbesondere für Wohnzwecke, für gewerbliche Zwecke oder für öffentliche Zwecke nutzbar ausgestatteten Räume einschließlich der Nebenräume. Die Wandstärke⁵ bleibt bei der Berechnung der nutzbaren Fläche unberücksichtigt.
- (5) Folgende Flächen bleiben bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage unberücksichtigt:
- Flächen in Dach- und Kellergeschoßen (ausgenommen Flächen, welche für Wohn-⁶, Geschäfts-, oder Betriebszwecke vorgesehen sind)⁷
 - Garagen⁸
 - Nebenanlagen (ausgenommen Flächen, welche für Wohn-, Geschäfts-, oder Betriebszwecke vorgesehen sind)
 - Flächen in land- und forstwirtschaftlichen Bauten, welche nicht für Wohnzwecke bestimmt sind⁹

⁵ Durchbrüche bleiben dabei unberücksichtigt.

⁶ Das sind zB private Kellerbars, Saunen und Hobby- und Fitnessräume.

⁷ Abzustellen ist nicht auf die tatsächliche Fertigstellung, sondern auf den Konsens; z.B. sind Wohnräume im Dachgeschoß einzubeziehen, selbst wenn sie als solche noch nicht ausgebaut, wohl aber bewilligt sind.

⁸ Gilt für alle Garagen, zB freistehende, angebaute, Tiefgaragen, Garagen in unterirdischen Geschoßen etc.

⁹ Das sind zB Milchkammern, Futterküchen, Wirtschaftsräume, Kühlräume sowie Verarbeitungsräume für Fleisch- und Milchprodukte udgl.

- Heiz- und Technikräume, Waschküchen, Brennstofflagerräume sowie Schutzräume
- Räume oder Teile von Räumen, die weniger als 150 cm hoch sind
- Stiegen, Stiegenhäuser und Gänge¹⁰, offene Balkone, Loggien und Terrassen

(6) Folgende Einrichtungen sind in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen:

- Schwimmbäder, Hallen- und Freibäder sind mit ihrer Wassermenge in m³ in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen, wobei für die Einleitung der Beckenentleerungswässer in den Regenwasserkanal je 20 m³ Beckeninhalte einer Bemessungseinheit entsprechen.
- Betriebliche Abwässer mit und ohne Vorreinigungsanlage, Kondensate und Sondereinleitungen sind mit ihrer Wassermenge laut WR-Konsens bzw. IDE-Zustimmung in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen, wobei je 150 l pro Tag einer Bemessungseinheit entsprechen. Fettabscheideanlagen sind hiervon ausgenommen und werden in der Bemessungsgrundlage nicht berücksichtigt.
- Betrieblich genutzte Freiflächen bei denen Schmutzwässer anfallen (wie bei Tankstellen, Autobus- oder Transportunternehmen, Werkstätten) sind gemäß Abs. 8 einzustufen.

(7) Bei folgenden Betrieben und Einrichtungen entspricht einer Bemessungseinheit:

- Gastgewerbebetriebe

mit Beherbergung	1,1 Gästebetten
mit/ohne Beherbergung	3 Sitz- od. Verabreichungsplätze
Sitz- od. Verabreichungsplätze im Freien	10 Sitz- od. Verabreichungsplätze

Bei der Ermittlung der Bemessungseinheit von Betrieben mit Gastwirtschaft und Beherbergung sind die Sitz- oder Verabreichungsplätze nur dann nicht zu berücksichtigen, wenn

 - diese nach ihrer Konstruktion und Lage (z. B. durch getrennte Speiseräume) ausschließlich für die Beherbergung verwendbar sind und
 - die Anzahl dieser Sitz- oder Verabreichungsplätze in solchen Räumen die Anzahl der Betten nicht übersteigt.
- Bars 3 Sitz- oder Verabreichungsplätze¹¹

¹⁰ Soweit diese nicht Bestandteil einer Wohnung oder Betriebes sind bzw. eine Nutzung als Wohn-/Betriebsfläche vorliegt.

¹¹ Grundlage ist die im Gewerbebescheid / Betriebsstättengenehmigung angegebene max. Personenanzahl

- Schirmbars und Terrassen, welche allseitig geschlossen werden können 3 Sitz- oder Verabreichungsplätze¹¹
- Privatzimmervermietung/Frühstückspensionen: 1,1 Gästebetten
- Kranken-, Kur-, Pflegeanstalten und Seniorenwohnheime 1,1 Betten
- Campingplätze 1 Stellplatz
- Veranstaltungsstätten und –säle 20 Sitzplätze
- Schulen, Kinderbetreuungsstätten 9 Personen¹²
- Öffentlich zugängliche WC-Anlagen je WC und je Pissoir
- Lift- und Seilbahnanlagen
 - a) Kassengebäude mit integriertem Kundenbereich 50 m² Nutzfläche
 - b) Restliche Gebäudeteile 5 Beschäftigte
- Montage-, Produktions- und Lagerhallen 100 m² Nutzfläche

(8) Bei Betrieben, welche unter kein Einstufungskriterium der Abs. 3 bis 7 fallen, entsprechen folgende Mengen einer Bemessungseinheit (Bewertungspunkt):

- a.) Abwassermenge 150 l pro Tag
- b.) BSB₅ 60 g
- c.) CSB 120 g
- d.) N (Stickstoff) 10 g
- e.) P (Phosphor) 1,8 g

(9) Für die Ableitung von Niederschlagswässern gilt:

Die Fläche der zu entwässernden Anlagen (projizierte Dachflächen, Vorplatzflächen, Parkplatzflächen udgl.) ist zu ermitteln.

- Dachflächen Asphalt und Betonflächen 100 m²/Punkt
- Hof- und Wegeflächen mit Hartbelag, Pflaster 125 m²/Punkt
- Rasengittersteine, Schotterflächen (Kies lose,..) und begrünte Dächer 200 m²/Punkt

(10) Die Bemessungseinheiten sind auf die 2. Dezimalstelle kaufmännisch zu runden.

¹² Schüler, Lehrer, Kinder etc.

§ 3

Ergänzungsbeitrag

(1) Bei nachträglichen Änderungen ist eine ergänzende Kanalanschlussgebühr zu entrichten, die im Sinn der obigen Bestimmungen wie folgt errechnet wird:

1. Tritt durch die Änderung eine Vergrößerung der Bemessungsgrundlage ein (z.B. durch Zu- und Aufbauten, Änderung des Verwendungszwecks, Errichtung eines weiteren Baus oder Neubau nach Abbruch des Bestandes), ist die Kanalanschlussgebühr in diesem Umfang zu entrichten.

2. Bei Änderungen von bisher bewerteten Nutzflächen und/oder bei zusätzlich errichteten neuen Gebäudeteilen ist jeweils das gesamte bestehende Objekt einschließlich der zusätzlichen neuen Gebäudeteile einer neuen Gesamtbewertung mit den neu zu Grunde zu legenden Bemessungsgrößen zu unterziehen.

3. Eine Rückzahlung bereits entrichteter Kanalanschlussgebühren aufgrund einer Neuberechnung nach diesem Absatz findet nicht statt. Ein etwaiges Punkteguthaben haftet auf der Liegenschaft.

§ 4

Entstehen des Abgabenanspruchs und Fälligkeit

(1) Die Verpflichtung zur Entrichtung der Kanalanschlussgebühr entsteht mit der Aufnahme der Benützung bzw. mit Vorlage der Vollendungsanzeige.

(2) Die Verpflichtung zur Entrichtung des Ergänzungsbeitrags nach § 3 entsteht ebenfalls mit der Aufnahme der Benützung bzw. mit der Vorlage der Vollendungsanzeige.

§ 5

Umsatzsteuer

Zu den Gebühren wird die gesetzliche Umsatzsteuer hinzugerechnet.

§ 6
Inkrafttreten

Die Verordnung tritt mit 1.1.2016 in Kraft.

Für die Gemeindevertretung

Der Bürgermeister:

Hannes Weitpass

